

WER ULRIKE
GUÉROT

SCHWEIGT,
STIMMT

ÜBER DEN ZUSTAND
UNSERER ZEIT **ZU**
UND DARÜBER, WIE WIR
LEBEN WOLLEN

W E S T E N D

Ebook Edition

ULRIKE GUÉROT

**WER SCHWEIGT,
STIMMT ZU**

**Über den Zustand unserer Zeit. Und darüber,
wie wir leben wollen**

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:

www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

1. Auflage 2022

ISBN: 978-3-86489-855-6

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2022

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

1. Titel
2. Vorwort zur vierten Auflage
3. Vorbemerkung
4. Teil I Wo wir stehen
5. Teil II Was passiert ist
6. Teil III Was wir jetzt machen
7. Schlussbemerkung
8. Danksagung

Orientierungspunkte

Cover

Inhaltsverzeichnis

»Und doch kann nichts auf der Welt dem Menschen das Gefühl nehmen, dass er zur Freiheit geboren ist.«

Simone Weil

Für alle, die nicht so leben können, wie wir jetzt leben

Vorwort zur vierten Auflage

Direkt in der ersten Woche ist dieses Buch auf Platz 8 der Spiegel-Bestsellerliste eingestiegen, das freut mich natürlich sehr! Ziel des Essays ist es, eine breite gesellschaftliche Debatte über die Verformungen von Demokratie und Gesellschaft in Gang zu bringen, die sich während der Corona-Pandemie entwickelt haben und die es jetzt zu diskutieren gilt.

Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung* haben nur noch 42 Prozent der Deutschen Vertrauen in die Demokratie. 59 Prozent denken, dass es weniger gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt als vor der Krise – wo doch Solidarität das große Thema während der Corona-Pandemie war –, und nur noch 16 Prozent haben Vertrauen in die Regierung. Laut *WaMS* vom 6. Februar sehen 23 Prozent Deutschland gar auf dem Weg in eine Diktatur. Es gibt also viel zu besprechen – und vor allem zu heilen – nach Monaten der gruppenspezifischen Ausgrenzung (um nicht zu sagen: Entrechtung) von Ungeimpften, gegen die aufgrund einer zementierten Deutungshoheit mit Blick auf das Pandemiegeschehen Kritik kaum erlaubt war: Es gab Kündigungen kritischer Menschen im Gesundheitswesen, im Journalismus oder der Wissenschaft. Eine ganz und gar ungewöhnliche, wenn nicht ungehörige Tatsache für eine Demokratie!

In vielerlei Hinsicht haben sich die Grundfesten der Demokratie in unserer Gesellschaft verschoben. Aufzuarbeiten, wie und warum dies passieren konnte, auch um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen, ist jetzt die Aufgabe. Auch deswegen freue ich mich über die

breite Rezeption meines Buches und hoffe, dass es dazu einen konstruktiven Beitrag leistet!

Damit diese Debatte unbeschadet von den schweren Vorwürfen geführt werden kann, die einige Kritiker:innen auf Twitter am *Sound* des Buches geäußert haben – von einigen wenigen, aber einflussreichen Personen wurde er tatsächlich als »faschistoid« bezeichnet –, habe ich auf Seite 120 die beanstandeten Stellen umformuliert. Dies habe ich in der Hoffnung getan, dass damit eine offene Diskussion über die Inhalte, Thesen, Sorgen und Befürchtungen, die der Essay thematisieren will, mit eben jenen Kritiker:innen geführt werden kann. Ich möchte vermeiden, dass ein ganzer Essay wegen zwei oder drei von manchen als problematisch empfundener Begriffe in Gänze zurückgewiesen wird. Die Korrekturen sind mithin ein Angebot, um miteinander ins Gespräch zu kommen und um nicht zuzulassen, dass eine vordergründige Empörung einer grundlegenden Debatte im Wege steht.

Mir ist wichtig, zu betonen, dass ich für die gleiche Passage in Teil III von anderen Leser:innen überschwängliche Komplimente bekommen habe. Wörter wirken also unterschiedlich auf verschiedene Menschen.

Der Vorwurf, ich sei »faschistoid« oder bediene mich einer »Mafia-Sprache«, ist absurd. Die möglichen Konnotationen des Begriffs »Aufräumen« waren mir, ehrlich gesagt, fremd. Wahrscheinlich sagt das alles mehr über die Projektionen der Kritiker:innen aus als über die der Autorin.

Es gilt der Satz von Hannah Arendt: Wer sein Wort der Öffentlichkeit gibt, kann nicht kontrollieren, was mit ihm geschieht. Es gehörte leider zu den auffälligen diskursiven Mustern der

Corona-Diskussion, dass dort, wo Argumente ausgegangen sind, nur noch die persönliche Anfeindung bleibt – das reichte bis zum Wunsch der massiven persönlichen Schädigung. *If you can't beat the argument, you need to get the person ...*

Die Notwendigkeit der »Distanzierung von rechts« aufgrund einer »Kontaktschuld« ist ebenso absurd, und es verwundert, dass nicht umgekehrt als Geste des Anstands die Beendigung der persönlichen Anwürfe gefordert wird. Von den meisten Leser:innen wird das Spiel der üblen Nachrede und eines bewussten *framings* dankenswerterweise durchschaut. Überhaupt sollte der Begriff der Kontaktschuld aus der Debatte eliminiert werden.

Die Twitter-Vorwürfe, die ich hier schildere, verweisen indes auf ein sehr grundsätzliches Problem unserer Medienlandschaft, und genau deswegen widme ich ihnen in diesem Vorwort einige Zeilen. Der im Grunde völlig unbedeutende Vorfall zeigt allzu gut, wie über die kleine Blase Twitter (nur 2 Prozent der Deutschen sind auf Twitter, darunter viele Journalist:innen) ein Eindruck erzeugt werden kann, der eben nur genau das ist: der Eindruck einer winzigen Blase, von der behauptet wird, dass sie eine Realität abbilde, in der aber vor allem persönliche Ressentiment öffentlich ausgetragen werden. Zum Zeitpunkt des kompromittierenden Tweets war ich zum Beispiel in Saarbrücken für einen Vortrag (in der FDP-nahen Villa Lessing) und habe vor einem vollen Saal einen riesigen Zuspruch für das Buch bekommen: So unterschiedlich können also Perzeptionen und Wirklichkeiten sein.

Ich kann nur hoffen, dass sich die interessierten Bürger:innen – und ich wende mich hier ausdrücklich auch an die Studierenden der Politikwissenschaften an der Universität Bonn – sich von dem medialen Rummel nicht beeindrucken lassen, vielleicht das Buch

lesen oder einige der vielen Video-Clips dazu anschauen und sich ihre eigene Meinung bilden. Dann diskutieren wir darüber.

In der Hoffnung also, dass durch die kleinen Korrekturen die Steine – oder für einige: die Brocken – aus dem Weg geräumt sind, die ihnen den Zugang zu diesem Essay verstellt haben, freue ich mich auf eine breite, ehrliche, freudige, respektvolle, offene Diskussion! Die irritierenden Unterstellungen zeigen indes, wie wichtig diese Diskussion ist, wenn sich die unheilvollen Prognosen über den Zustand unserer Demokratie nicht bewahrheiten sollen. Wir müssen wieder lernen, einander zuzuhören, ohne Anfeindungen miteinander zu reden und respektvoll zu streiten. Es gibt überall, auch im Diskurs, viel zu heilen nach zwei Jahren Corona.

Ulrike Guérot

Berlin, im März 2022

Vorbemerkung

»Wir sind nicht auf der Welt. Das wahre Leben ist abwesend.«

Rimbaud, Une saison d'enfer, Délires, I

Als am 16. März der erste Lockdown in Österreich verhängt wurde, wurde ich sehr stutzig. Noch war – obgleich die Bilder von Bergamo schrecklich waren und die Partys in den Clubs von Ischgl sich als Superspreading-Events erwiesen hatten – für die gesamte Bevölkerung keine reale, konkrete Gefahr in Sicht. Sicher war es richtig, vorsichtig zu sein angesichts einer Gefahr, die noch niemand wirklich einschätzen konnte. Aber ein Lockdown ist keine Vorsicht, sondern eine drakonische Maßnahme, die vor allem Angst schürt. Auch jenes »*Nous sommes en guerre contre un virus*« – »Wir sind im Krieg gegen ein Virus« – schien mir ähnlich unangemessen und übertrieben und eine wenig hilfreiche Stimmung hervorzurufen.

In diesen ersten Märztagen 2020, als man in Österreich eine Stunde legal joggen durfte, fand ich mich einmal am Donaukanal in Wien, weit und breit allein auf weiter Flur, auf einer Parkbank, den Kopf wie Diogenes gen Frühlingssonne gerichtet, als vier bewaffnete Polizisten mich baten, den öffentlichen Raum zu räumen. Der Vorfall war so bizarr, dass ich ab da der Überzeugung war, dass ein Großteil der Gesellschaft kollektiv in eine Übersprungshandlung getreten ist. Viele trugen etwa noch im eigenen Auto Masken. Alle drängten unter Panik in einen Zug, der

immer schneller an Fahrt aufnahm. Es war der Zug der Coronamaßnahmen. Wer, wie ich, nicht in diesen Zug eingestiegen ist, hat das Zeitgeschehen von einer anderen Warte aus beobachtet und ist heute von der Gesellschaft entfremdet. Zwei Jahre schon fährt dieser Zug unaufhaltsam einem Ziel entgegen, das niemand mehr kennt. Diejenigen, die nicht eingestiegen sind, sind nur noch Zuschauer:innen eines Zeitgeschehens, das politisch und sozial höchst merkwürdig geworden ist und in dem die Fundamente von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gesellschaft inzwischen ernsthaft gefährdet sind.

Corona bin ich vielfach begegnet. Mein Sohn und seine Freundin hatten es, ebenso viele Freunde und Bekannte. Insgesamt kenne ich rund 50 Personen, die Corona hatten. Eine an Adipositas erkrankte Person musste auf der Intensivstation behandelt werden; zwei weitere Freund:innen hatten zehn Tage eine sehr schlimme Zeit mit Atemnot und beträchtlichem Gewichtsverlust. Alle anderen eine sehr unangenehme, bettlägerige Woche; oder auch gar nicht viel außer dem bekannten Geschmacksverlust. Nichts davon schien mir einen gesellschaftlichen Ausnahmezustand in nie dagewesener Weise über zwei lange Jahre zu rechtfertigen.

Gleichzeitig konnte man – fast umgekehrt proportional zur Datenlage – eine fast komplette Retraktion der Diskussion über das Corona-Geschehen erleben: es gab immer mehr einseitige Berichterstattungen, Ausgrenzung von Expert:innen, die eine andere Meinung vorbrachten, und kritische Wissenschaftler:innen, die aus Beratungsgremien entlassen wurden. Es gab auf einmal Nachzensur bei öffentlich-rechtlichen Anstalten, ebenso wie auf den Plattformen der sozialen Medien. Ich persönlich musste im August 2021 eine Rufmordkampagne über mich ergehen lassen, weil

ich – wie viele andere – auf Ungereimtheiten in der offiziellen Corona-Berichterstattung, auf das *Framing* von Zahlen oder die rechtliche Problematik von 2G hingewiesen habe. Viele, die das taten, wurden – schlimm genug – von *rechts* vereinnahmt. Ich hingegen habe mich gewundert, warum nur die politische Rechte die Maßnahmen als unverhältnismäßig kritisierte, während die politische Mitte sie begrüßte und immer mehr davon forderte. Auf einmal konnte man die eigenen Argumente nur noch in Zeitungen oder auf Webseiten lesen, die man vorher nicht mal mit der Kneifzange angepackt hätte: in der *BILD*-Zeitung, der Achse des Guten oder in FPÖ-Blättchen. Damit aber war die Frage auf dem Tisch: Ist man rechts, wenn man in einer konkreten Frage Argumente teilt, die man gerne woanders – etwa in der *ZEIT* oder der *FAZ* – gelesen hätte? Und teilt man, wenn man *ein* Argument mit einer politischen Gruppierung teilt, die man ansonsten als ziemlich unmöglich erachtet, konsequenterweise alle anderen Positionen dieser Gruppierung? Natürlich nicht! Vielmehr muss man diese Argumente schleunigst dieser Gruppierung abnehmen und wieder in die politische Mitte bringen!

Die Gefahr des »Beifalls von der falschen Seite« ist nicht nur das falsche Argument, es *ist* das totalitäre Argument, wusste schon Hans Magnus Enzensberger. Sonst überlässt man anderen die Kontrolle darüber, was man selbst denken darf. Wenn *der* das sagt, darf ich das nicht denken, weil der andere eben *pfui* ist. So ungefähr hat das Kontaktschuld-Argument über lange Monate im Corona-Diskurs funktioniert. Das ist aber ungefähr so, als würden alle aufhören, zum Beispiel #MeToo gut zu finden, wenn – sagen wir mal Donald Trump – morgen twittern würde, er fände #MeToo gut. Dieser Text hier wurde Anfang Januar 2022 von dem